BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

BÜRGERSCHAFTSKANZLEI
GREMIENBETREUUNG
Gwendolyn Olbrich/Manuela Knieler/
Friederike Lünzmann
Tel.: 040 428 31-2575/2396/1352
Fax.: 040 427 31-2271
E-Fax: 040 4279-11034
E-Mail: gwendolyn.olbrich@bk.hamburg.de
manuela.knieler@bk.hamburg.de
friederike.luenzmann@bk.hamburg.de

ANSCHRIFT
Postfach 100902
20006 Hamburg

SITZ
Schmiedestraße 2
20095 Hamburg

BÜRGERSCHAFT ONLINE
www.hamburgische-buergerschaft.de

HAMBURG, DEN 26. JANUAR 2022

NEUFASSUNG
wegen Anpassung von TOP 1
und Wegfall von TOP 2 g)

Die nächste Sitzung des

Europaausschusses

findet statt am

Dienstag, dem 01. Februar 2022, um 14:00 Uhr

im Rahmen einer Videokonferenz mit Livestream.

Die Ausschusssitzung wird gemäß § 57a in Verbindung mit § 56 Absatz 1 Satz 4 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft als Videokonferenz mit Livestream stattfinden, abrufbar unter folgendem Link:

https://www.hamburgische-buergerschaft.de/ausschuesse-live/

Bitte beachten Sie die Hinweise auf Seite 3 der Einladung!

Der Vorsitzende des Ausschusses, Richard Seelmaecker (CDU), bittet die Mitglieder sowie ständigen Vertreterinnen und Vertreter, an dieser Sitzung teilzunehmen.

Tagesordnung:

1. Städtepartnerschaft Shanghai

   (Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft; vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung)

   Hier: Anhörung von Auskunftspersonen gem. § 58 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung)

HAMBURGISCHE BÜRGERSCHAFT

Hierzu eingeladen ist:

Dr. Wolfgang Röhr
Generalkonsul a.D.

2. Subsidiaritätsprüfung bei solchen Entwürfen von europäischen Gesetzgebungsakten, die der Bürgerschaft im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Präsidenten des Senats und der Präsidentin der Bürgerschaft in der Fassung vom 6. Februar 2012 (Drucksache 20/3243) durch den Senat zugänglich gemacht worden sind.)
hier: abschließende Beratung gemäß § 53 Absatz 3 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft (GO)
– Beschluss der Bürgerschaft vom 25. Januar 2012 (Drucksache 20/2991) – zu folgenden Verfahren:

a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen gegen Verkehrsunternehmen, die Menschenhandel oder die Schleusung von Migranten im Zusammenhang mit der unerlaubten Einreise in das Gebiet der Europäischen Union erleichtern oder daran beteiligt sind;
COM(2021) 753 final - BR-Drs. keine

b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung;
COM(2021) 731 final - BR-Drs. 826/21

c) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2008/118/EG und der Richtlinie (EU) 2020/262 (Neufassung) bezüglich Tax-free-Verkaufsstellen im französischen Terminal des Kanaltunnels;
COM(2021) 817 final - BR-Drs. keine

d) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit;
COM(2021) 762 final - BR-Drs. 846/21

e) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 im Hinblick auf Vorschriften für das Kreditrisiko, das Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung, das operationelle Risiko, das Marktrisiko und die Eigenmitteluntergrenze (Output-Floor);
COM(2021) 664 final - BR-Drs. 855/21

f) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf Aufsichtsbefugnisse, Sanktionen, Zweigstellen aus Drittländern sowie

Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken und zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU;
COM(2021) 663 final - BR-Drs. 856/21

g) – entfällt –

h) Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses (EU, Euratom) 2020/2053 über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union;
COM(2021) 570 final - BR-Drs. 2/22

i) Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur operativen polizeilichen Zusammenarbeit;
COM(2021) 780 final - BR-Drs. 4/22

j) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie des Beschlusses 2005/671/JI des Rates im Hinblick auf den digitalen Informationsaustausch in Terrorismusfällen;
COM(2021) 757 final - BR-Drs. 3/22

3. Verschiedenes

Hinweis: Die Sitzungsdauer wird voraussichtlich zwei Stunden betragen.

Für die Teilnahme an einer Videokonferenz sind mindestens eine Kamera und ein Mikrofon als Eingabegeräte sowie ein Bildschirm und ein Lautsprecher oder Kopfhörer als Ausgabegeräte erforderlich.

Den Teilnehmenden wird der Link zur Anmeldung für die Videokonferenz rechtzeitig vor dem Sitzungstermin per Mail zugeleitet.

Beratungen in Verschwiegenheit sind nicht möglich und Abstimmungen erfolgen als namentliche Abstimmungen in entsprechender Anwendung des § 36 Absatz 2 GO.